

Berliner Tageblatt

Nr. 85

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 19. Februar 1927

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Hirtsfieber-Berordnung im Landtag.

Die gestrigen Sturmphasen.

Beschlüsse des Kestlenrats. — Ein Strafverfolgungsantrag gegen den Kommunisten Kellermann wegen Aufhebung der Tribünenbesucher.

Zur preussischen Landtag trat um 1/11 Uhr der Kestlenrat zusammen, um die Geschäftsliste zu besprechen und gegen die Ausschreitungen in der Freitags-Sitzung Stellung zu nehmen. Um 11 Uhr sollte die Plenarsitzung und die Fortsetzung der Abstimmungen beginnen. Die Tribünen waren um diese Stunde nur schwach besetzt — es war nämlich bei der Ausgabe der Eintrittskarten für die Tribünen des Landtags große Verwirrung entstanden. Die Verhandlungen des Kestlenrats zogen sich aber so lange hin, daß der Beginn der Plenarsitzung um eine Stunde vertagt wurde, auch deswegen, damit die Funktionen nicht bliebe, noch zu den Beschlüssen des Kestlenrats Stellung zu nehmen. Die deutschnationalen Vertreter im Kestlenrat beantragten nämlich, daß gegen den kommunistischen Abgeordneten Kellermann auf Grund des Strafgesetzbuches eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs eingereicht würde. Der Abgeordnete Kellermann hat gestern sich nicht nur den Anordnungen des Landtagspräsidenten Bartels widersetzt, sondern er hat sich auch auf die Tribünen des Landtags begeben, hat die Zuhörer zum Widerstand aufgefordert und ist fogar gegen die Diener, welche pflichtgemäß die Anordnungen des

Präsidenten ausführten, tätlich vorgegangen. Der Kestlenrat hat von der Durchführung des deutschnationalen Antrages auf Einleitung eines Strafverfahrens zwar abgesehen, hat jedoch einstimmig — die Kommunisten natürlich ausgenommen — zum Ausdruck gebracht, daß in Wiederholungsfälle gegen Abgeordnete, die sich den Anordnungen des Präsidenten nicht fügen und auch noch tätlich vorgehen, strafrechtliche Schritte unternommen werden müßten. Der Kestlenrat war einmütig der Auffassung, daß die Maßnahmen, die in der Geschäftsordnung gegen Störungen vorgesehen sind, unter allen Umständen durchzuführen werden müßten. Mit allen Stimmen gegen die beiden Kommunisten beschloß der Kestlenrat, dem Hause vorzuschlagen, den kommunistischen Abgeordneten für acht Sitzungstage auszuschließen. Im übrigen wurde, wie wir weiter hören, von verschiedenen Seiten im Kestlenrat die Führung der Geschäfte durch den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Bartels bemängelt. Es wurde vor allen von rechtsstehender Seite dem Präsidenten zum Vorwurf gemacht, daß er zu nachsichtig gegen die Jurfe, die von der Zuhörtribüne aus gestern erfolgen, gewesen sei. Über dieselbe Nachsicht hat auch der während der Verhandlungen getwiesene amtierende neue Vizepräsident Abgeordneter Wiemer, der der Deutschen Volkspartei angehört, geäußert. Nach der Sitzung des Kestlenrats traten die Fraktionen zusammen, um sich mit den Vorgängen zu befassen.

(Den Bericht über die Verhandlungen und die Abstimmung veröffentlichten wir auf der zweiten Seite.)

Die aufgeschobene Hirtsfieber-Berordnung.

Die Verlängerung der Räumungsfrist. — Konflikt oder Verständigung zwischen Landtag und Minister?

Von Paul Steinborn.

Gutmeinende haben berichtet, der gegenwärtige preussische Minister für Volkswohlfahrt Hirtfelder sei auf die Verfügbung über die Freigabe der gewerblichen Räume gar nicht selber verfallen, ihr Urheber sei vielmehr sein Staatssekretär Conze, und beide seien sich inzwischen darüber klar geworden, daß die Verordnung ein Mißgriff und die Vaterschaft an diesem Kinde ihres Geistes kein erstrebenswertes Gut sei. Nun, gestern nachmittags hat Herr Hirtfelder persönlich jedenfalls alles getan, um diese Erklärung seines Tuns zu machen, als er sich in einer neuen Rede mit der ganzen Wucht seiner kompakten Persönlichkeit für seine Maßnahme einsetzte, als er das sehr ernst zu nehmende Gesamtergebnis der bisherigen Erörterung mit leichter Handbewegung beiseite schieb und bedingungslos Annahme forderte. Seitdem fragt man sich noch eifriger nach den Beweggründen des Herrn Ministers, und zwar auch deshalb, weil Herr Hirtfelder gestern doch gelassen haben mußte, daß man auf der Rechten mit beschwörender Hand jede, aber jede Verantwortung von sich wies. Jetzt nachträglich, was man sah, was angebracht worden ist, wo die demokratischen Anträge gelehrt hatten, wie man es richtig hätte machen sollen und müssen, da wollte es mit einem Mal niemand mehr gewiesen sein. Besonders zeigte die Deutschnationalen, daß sie keine Rücksicht nehmen, wenn es gilt, sich vor den Wählern von begangener Stünde nach Möglichkeit wieder reinzuwaschen. Ihr Redner hielt, Entrückung in der Stimme, dem Minister vor, daß seine Verfügung falsch vorbereitet und schlecht gemacht sei, und er schon Herrn Hirtfelder erhabenen Hauptes die Schuld an der schweren Beunruhigung zu, die durch ihn allein geschaffen worden sei. Und die Deutsche Volkspartei trat auf die Brüste eines demokratischen Antrags, der dann auch angenommen wurde, und der der Verordnung wenigstens in einem entscheidenden Punkt ihre verhängnisvolle Schärfe nahm. Da der Minister bei der Aufrechterhaltung der Verordnung verharrete, und damit die auf die Aufhebung zielenen Anträge hinfällig wurden, so verlangten die Demokraten den vorläufigen Aufschub um ein halbes Jahr, damit die betroffenen Mieter zum mindesten annehmbar die Möglichkeit erhalten, sich einzurichten. Mit dieser Vordering stellte sich der Landtag also dem Minister entgegen, der kurz zuvor erklärt hatte, er wolle jede Vordering zurück und werde die Verfügung andernfalls zurückziehen.

Was wird nun geschehen? Wird Herr Hirtfelder seine Aufschubung wahrnehmen? Man wird erwarten, daß er das nicht tut, sondern sich zu einer ruhigen Betrachtung der Sachlage befehlet, und sich mit seinen Sachbearbeitern zusammensetzt, um zu überlegen, wie der gestrige Landtagsbescheid durchzuführen ist. Da er es nicht über sich gebracht hat, seine Stellungnahme von der Entscheidung des Parlaments abhängig zu machen, — weil die erhabenen Bedenken auch auf ihn nicht ohne Eindruck geblieben seien, — so sieht jetzt zunächst Erklärung gegen Erklärung. Die Deutschnationalen und die in Mitleidenschaft gezogenen gewerblichen Kreise verlangen aber mit Recht, daß die Angelegenheit so rasch wie möglich und endgültig geklärt wird. Deshalb sollte Hirtfelder endlich der wirklichen Sachlage ihr Recht werden lassen und ohne unnötige weitere Verzögerung die Ausführungsbestimmungen der Verordnung erlassen. Die von ihm gestern angebotenen juristischen Bedenken können nämlich wirklich nicht als stichhaltig angesehen werden. Man muß sich doch vor Augen halten, daß die meisten Klendigungen vorerst nur aus dem Grunde erfolgten, um die Miete zu steigern und die betreffenden betreffenden Hauswirte werden sich im Hinblick auf die jüngste Entschuidung damit abfinden, die erhöhte Miete ein halbes Jahr später zu erhalten. Die Zahl der Fälle, in denen die von dem Minister gefährdete Rechtsunsicherheit eintreten könnte, ist verhältnismäßig klein. Nach dem Verlauf der gestrigen Debatte wäre es mehr als erlaublich, wenn Herr Hirtfelder, der ja doch bisher ganz selbständig vorgegangen ist, nun etwa (entsprechend den Wünschen gewisser Leute auf der Rechten, die anheimelnd auch gestern nichts zugeleert haben und ein wenig konfliktualisieren sind) auch noch das Kabinett zu einer Beschlußfassung auffordern sollte. Nach allem, was man heute vormittag von den Parteien im Landtag hörte, sah es nicht danach aus, daß man einen derartigen Gang der Dinge vorausah und wünschte. Dagegen hieß es, daß der Minister sich vorläufig zur Durchführung des Landtagsbeschlusses noch nicht habe durchringen können.

Man wird deshalb in diesem Zusammenhang wohl darauf hinweisen dürfen, daß im Zentrum, also in der Partei des Ministers, hinsichtlich seiner Meinung besteht, die sehr unreflexive Angelegenheit noch weiter fortzuspinnen, und auch die Rechtsparteien haben inzwischen wohl deutlich erkannt, daß erneute Komplikationen in der Praxis das Gegenteil dessen zur Folge haben würden, was sie erlitten. Auch auf demokratischer Seite tritt man entschieden für die allmähliche Freilegung der Wohnungswirtschaft ein, auch die Demokraten sind immer davon ausgegangen, daß neben den In-

Die Einigung in China bevorstehend?

Die Verhandlungen zwischen Tschangschin und Tschanglaische.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Shanghai, 19. Februar.

Die heutigen Meldungen bestätigen die schwere Niederlage Sunshunansangs. Sangtschau und Kingpo, Schlüssel von Sangtschau, sind geräumt. Friedensverhandlungen zwischen Nord und Süd sind im Gange und die Einigung scheint nach chinesischen Meldungen nicht ausgeschlossen. Die angekündigte Rückkehr Tsangsolins nach Nudun wird in diesem Sinne gedeutet. Die Antwort der Pekingregierung auf die letzten englischen Vorschläge wird in der nächsten Woche überreicht werden. Wie verlautet, gehen die Forderungen Peking über englisches Angebot hinaus.

Generalfreie in Shanghai.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 19. Februar.

Die Erhebung aus Shanghai erklärt, ist dort der Generalfreie ausgebrochen. Bei den wichtigsten öffentlichen Verkehrsmitteln wurde die Arbeit eingestellt. Die reguläre und die freiwillige Polizei wurde mobilisiert, während englische Truppen die Vorstädte besetzten. Der Generalfreie wurde zu Ehren des Ziegers von Sangtschau erklärt. Die Besetzung dieser Schlacht, das heißt die Truppen Sunströmen in Mengen nach Shanghai, so daß die Umgebung der Stadt von Tausenden von unheilvollsten chinesischen Soldaten besetzt ist. In Shanghai selbst soll Ruhe herrschen, doch sei die Lage so gespannt, daß jederzeit drohende Entwidlungen eintreten könnten.

Demoralisiert, entmutigt und ohne Offiziere treffen die übrigen Teile der Armee Sun in Shanghai ein. Mit diesen Worten teilt der Vertreter der Kolonialpresse in Shanghai, Sir Percival Phillips, den Rückzug der geschlagenen Truppen Sun's. Andere Berichte, in denen von fünfzehnjährigen Soldaten, hilflosen Verwundeten und halberwachsenen Militärs Sun die Rede ist, bestätigen diese Schilderungen. In Anbetracht dessen ist es verständlich, daß man in Shanghai vor der Hand größere Angst vor der besiegten Soldateska Sun's als vor den siegreich vorrückenden Kantonesen hat.

Sun hat die Unvorsichtigkeit begangen, sich in einem Aufzug für die Engländer einzulassen. Er betrachtete Englands Maßnahmen, Shanghai gegen die Kantonesen zu verteidigen, nicht als eine Invasion in China. England sei vollkommen berechtigt, seine Interessen zu schützen. Praktisch dürfte dieser Aufzug Sun's kaum noch etwas zu sagen haben. Denn seine Niederlage scheint schwerer, als anfänglich angenommen wurde. So daß eine Reihe Verdrüsselter den Zweifel ausdrücken, ob Sun auch noch auf seiner letzten Verteidigungsstellung bei Sungtsiang oder Ksching, 30 bis 40 Meilen von Shanghai entfernt, seinen Platz stellen kann. „Daily Telegraph“ berichtet von einem Gerücht, demzufolge Sun verstanden werde, zu einem Kompromiß mit den Kantonesen zu gelangen. Diese, die jetzt Sangtschau, 100 Meilen, und Kingpo, 20 Meilen von Shanghai entfernt, in der Hand haben, haben schon dreiviertel des Weges von Sangtschau nach Shanghai zurückgelegt. Mit

der Ausnahme Tschangschais sind die Herren des 1500 Meilen langen Sangtschales, mit anderen Worten des ganzen Gebietes südlich des Jangtsi.

Bei diesen überwiegend rein militärischen Interessen treten die Sanfan-Verhandlungen augenblicklich in den Hintergrund. In England selbst ist man der Ansicht, daß die neuen vom Kabinett O'Malley erteilten Instruktionen es dem englischen Unterhändler erleichtern werden, den Vertrag endlich abzuschließen. Zweifellos aber wird England das Ansehen Tschengs ablehnen, nur mit ihm und nicht mit der Pekingregierung Verhandlungen zu führen, und ebenso wird England auf den Schluß seiner Staatsangehörigen in Shanghai bestehen. Trotzdem ist der Peking-Vertreter des „Daily Telegraph“ der Ansicht, daß alle ernstlichen Hindernisse beseitigt seien, und daß der Sanfan-Vertrag nunmehr zur Unterzeichnung fertig sei. O'Malley ist inzwischen vom britischen Konsul in Hankau auf das britische Kanonenboot „Dee“ übergesprungen. Dem von der Pekingregierung beurlaubten Generalinspektur der Seejölle Sir Francis Aglen hat der König von England das Großkreuz des St. Michaels- und St. Georgsordens verliehen. Zu den chinesisch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen berichtet der Peking-Vertreter der „Morning Post“, Japan fordere, daß die Waiblinger Zollschlüssel für seine Waren auf 2% Prozent festgesetzt würden, und daß die englischen und amerikanischen Waren als Luxuswaren zu betrachten und deshalb mit 5 Prozent zu verzollen seien. Als Gegenleistung sei Japan bereit, alle die Rückgabe der Konzessionen und den künftigen Abbau der Extraterritorialität zu verhindern. Wie das gleiche Blatt aus Hankau erzählt, hat die nationalchinesische Regierung dem deutschen Staatsangehörigen Burenmeister, der am 3. Januar von chinesischen Mob durch 35 Messerstücke verletzt wurde, 3500 Dollar (100 Dollar pro Messerstück) als Arzt- und Krankenhauskosten zugesprochen, die von der deutschen Regierung verlangt wurden.

Erklärung des chinesischen Geschäftsträgers.

Der Hauptverband chinesischer Studenten in Deutschland hatte gestern zu einer Ansprache über die chinesische Frage eingeladen. Der chinesische Geschäftsträger in Berlin, Dr. Chiaug Chao Jue, gab eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: Die englische Expedition nach China ist angeßigt zu dem Zweck entsandt worden, um Leben und Eigentum der Engländer in China zu schützen. Nachdem aber maßgebende chinesische Stellen erklärt haben, daß sie mit ihrer Truppen- und Polizeimacht in der Lage wären, den Schutz britischen Eigentums und Lebens zu garantieren, und nachdem die britische Regierung die auf dem Wege nach China befindlichen Streitkräfte nicht zurückberufen hat, dürfte es auf der Hand liegen, daß England weitere Ziele verfolgt: Gewalttätige Aufrechterhaltung und Verewigung der alten, für China untragbaren Verträge. Diese wurden vor vielen Jahrzehnten der kaiserlichen Regierung aufgezwungen und haben heute dem modernen China gegenüber keine Daseinsberechtigung mehr. China verlangt mit Recht volle Souveränität und das Recht, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen, und wird jeden Versuch, ihm diese Rechte zu entziehen oder zu schwächen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zurückweisen. China wünscht Freundschaft mit dem Ausland auf Grund von Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung.

Auf dem Verhandlungsweg läßt sich viel erreichen, bewaffnete Eingreifen aber ist geeignet, alle Kräfte abzubrechen. Die Zeiten sind vorüber, da fremde Truppen China gefügig machten, die nationale Freiheit eines 400-Millionen-Volkes ist ein ungeheurer Machtfaktor. China wünscht Ruhe, Frieden und Zusammenarbeit mit dem Ausland, zu seinem Besten und dem der fremden Mächte.